

# Chemnitz startet Gehirnwäsche-Kampagne

Da im Osten Deutschlands zum Ärger der herrschenden Kaste naturgemäß vielfach noch ein ausgeprägtes Gefühl für Heimat, Vaterland, Demokratie und Meinungsfreiheit feststellbar ist, das in den PEGIDA-Demonstrationen seinen beeindruckenden Niederschlag findet und die politischen Volksverräter in Panik versetzt, sehen sich diese nunmehr veranlasst, in Kindergärten, Familienzentren und Jugendämtern eine politische Umerziehungs-Gehirnwäsche-Kampagne zu starten. Wie in Hitler-Deutschland muss man mit der Umerziehung zum hörigen Untertanen ja bekanntlich so früh wie möglich beginnen.

*(Von Verena B., Bonn)*

So sollen die vom Steuerzahler finanzierten Mitarbeiter von Kitas, Familienzentren und Jugendämtern jetzt „besser auf den Umgang mit Eltern vorbereitet werden, die starke rechte oder fremdenfeindliche Einstellungen“, also ein falsches nationales Weltbild haben. Ein „Qualifizierungsprogramm, das im Juni in Chemnitz gestartet werden soll, will Pseudo-Pädagogen und – Sozialarbeiter für die Auseinandersetzung schulen. Das Pilotprojekt, das von der Bundeszentrale für politische Bildung und der Flick-Stiftung (!) finanziert wird, zielt auf den Umgang mit Eltern ab, die „starke Vorurteile gegenüber Ausländern, anderen Kulturen (welchen?), Religionen (welchen?) und gegen Homosexualität zeigen und diese Einstellung an ihre Kinder weitergeben“, erläutert Projektleiter Lars Schäfer vom Berliner Träger „Violence Prevention Network“. Der Diplom-Sozialpädagoge, Mediator, Antigewalttrainer, Supervisor und Organisationsentwickler arbeitet gleichzeitig auch im Team des Instituts für genderreflektierte Gewaltprävention (ifgg) mit und ist selbstverständlich dem „Diversity“-Aspekt der Vielfalt und Buntheit von Conchita Wurst verpflichtet.

Der verständnisvolle und mitleidige Herr Schäfer betont, in der Mehrzahl der Fälle handle es sich nicht um klassische Rechtsextreme, sondern um Eltern, die unüberlegt oder aufgrund mangelnder Aufklärung rassistischen Vorurteilen anhängen oder wiederholt intolerante Einstellungen an den Tag legen. Hellhörig sollten Pädagogen laut Schäfer zum Beispiel werden, wenn sich Eltern darüber beklagen, dass es in der Kita ihres Kindes „immer nur ausländisches Essen“ gibt oder darüber, dass die Erzieher nicht einschreiten, wenn „Jungs in Mädchenklamotten rumlaufen“. Deutlicher werde eine rechtsgerichtete Haltung, wenn Väter oder Mütter sich über die Aufnahme fremdländisch aussehender, behinderter oder muslimischer Kinder beschwerten oder dem eigenen Nachwuchs verbieten, mit bestimmten Kindern in der Kita zu spielen. Spätestens dann sollten die Pädagogen eingreifen.

In den Fortbildungen lernen Erzieher und Sozialarbeiter laut Schäfer, „wie Eltern, die intolerante, fremdenfeindliche bis zu rechtsextremen Einstellungen zeigen, anzusprechen sind und wie ein Dialog zustande kommen kann, ohne mit Verboten oder einem Ausschluss zu drohen“. „Moralpredigten“ seien in diesen Fällen wirkungslos.

Stattdessen müsse den Vätern und Müttern bewusst gemacht werden, dass es schädlich für die Entwicklung ihres Kindes ist, „wenn es in Kita, Hort oder Schule fremdenfeindliche Sprüche bringt oder gegenüber anderen Kinder gewalttätig wird“, denn dies führe zur Isolierung des Kindes. „Diese Kinder leiden unter einem Loyalitätskonflikt, weil sie zuhause andere Dinge beigebracht bekommen als in der Einrichtung“, verdeutlicht der Herr Schäfer seinen dummen Schafen.

Anlass für die Fortbildung seien wiederholte Nachfragen von Sozialarbeitern aus der Region, wie die Koordinatorin des Lokalen Aktionsplans für Demokratie und Toleranz in Chemnitz (LAP), Ines Vorsatz, erläutert. „Viele Pädagogen berichten uns, dass sie Probleme haben, sich mit diesen Eltern auseinanderzusetzen, weil sie bei ihnen mit den üblichen

Argumentationsmustern nicht weiterkommen“. Die Vize-Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Sachsen, Astrid Axmann, betont, es handle sich um ein relativ neues Problem, das „punktuell“ in verschiedenen Regionen Sachsens durchaus anzutreffen sei. In der Staatsregierung ist die Problematik indes noch wenig geläufig. Aus den zuständigen Ministerien heißt es, bislang habe sich die Präventionsarbeit vorrangig auf jene Eltern konzentriert, deren Kinder in die rechtsextreme Szene abgedriftet seien.

Das Programm „Kommunales Mentoring“ (Komment) wird vom Lokalen Aktionsplan für Demokratie und Toleranz (LAP) der Stadt Chemnitz ausgerichtet. Die in fünf Einheiten gegliederte Qualifizierung richtet sich unter anderem an Mitarbeiter der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe sowie von Frauenhäusern, Schwangerschaftsberatungen und der Geburtshilfe. Träger ist die Berliner Organisation „Violence Prevention Network“, die auf dem Gebiet der Deradikalisierung arbeitet.

Sehr erstaunlich ist es, dass dieses Netzwerk auch Präventionsprojekte zur Ent-Radikalisierung von Korangläubigen durchführt. Seit Juli 2014 arbeitet das Netzwerk im Rahmen des Hessischen Präventionsnetzwerks gegen Salafismus in der Beratungsstelle HESSEN mit islamistisch Radikalisierten, Ausreisewilligen und Rückkehrern sowie deren Angehörigen. Darüber hinaus führt Violence Prevention Network Deradikalisierungstrainings in der JVA Wiesbaden durch. Im Bereich Radikalisierungsprävention bietet das Netzwerk Workshops in Schulen an zur „Grundimmunisierung“ von Jugendlichen gegen Islamismus sowie Fortbildungen für MultiplikatorInnen im Umgang mit Extremismus in Jugendhilfe und Schule.

Muslimische Kinder und Jugendliche werden bekanntlich in zahlreichen Schulen, zum Beispiel der weithin unbekannt und nicht organisierten großen Gülen-Bewegung erfolgreich in Richtung auf einen nationalistischen und verfassungsfeindlichen Islam abgerichtet. Eine erfolgreiche

Indoktrinierung fand unter anderem auch in Mülheim an der Ruhr statt, wo der mutmaßliche IS-Terrorist Nezet S. jetzt am 1. Juli vor Gericht steht.

Wie die Westdeutsche Allgemeine Zeitung kurz nach seiner Verhaftung berichtete, fiel Nezet S. bereits im März 2014 in einem Mülheimer Berufskolleg auf, weil er Mitschüler zum Koran drängte und zum Sportunterricht barfuß und mit dem Gebetsteppich unter dem Arm erschien. Nachdem er deswegen kurzzeitig von der Schule suspendiert wurde, rief er zum öffentlichen Protestgebet auf. Wegen „exzessiver Religionsausübung während der Unterrichtszeiten“ wurde er dann von der Schule verwiesen.

Wie aus zuverlässiger Quelle bekannt ist, erfreute sich besagter Nezet S. bei den muslimischen Schülern des Berufskollegs Lehnerstraße größter Beliebtheit. Erschreckend ist hierbei, dass sich die als „gemäßigt“ geltenden Schüler aus unterschiedlichen arabischen Ländern und aus der Türkei immer mehr für diesen Dschihadisten begeistern und somit als großes potenzielles Bedrohungspotenzial für den deutschen Rechtsstaat angesehen werden müssen.

Die Autorin stellt sich eine Mitarbeit in diesem Netzwerk sehr schwierig vor: Einerseits soll gegen freiheitliche Menschen (sogenannte „Rechtsextreme“ und „Nazis“) gekämpft werden, die vor dem Terror-Unterwerfungs-Islam warnen, andererseits soll der Terror-Unterwerfungs-Islam der Islam-Nazis bekämpft werden. Aber für Geld tut der Mensch ja bekanntlich alles, auch wenn er gar nicht weiß, was er tut.

#### Kontakt:

Violence Prevention Network e. V.

Alt-Moabit 73, 10555 Berlin

» E-Mail: [post@violence-prevention-network.de](mailto:post@violence-prevention-network.de)

Projektleiter – Rechtsextremismusprävention: Lars Schäfer

» E-Mail: [lars.schaefer@violence-prevention-network.de](mailto:lars.schaefer@violence-prevention-network.de)